

Mitteilungsblatt 21.05.2021

FDP-Ortsverbandsvorsitzender Andreas Maier und Bundestagskandidat Tim Nusser berichten vom FDP-Bundesparteitag

Vom 14. bis 16. Mai 2021 fand der FDP-Bundesparteitag in digitaler Form statt. Für die FDP Hirschberg nahm Ortsverbandsvorsitzender Andreas Maier daran teil. Zusammen mit Bundestagskandidat Tim Nusser berichtete er dem Ortsverband Hirschberg.

Der Bundesparteitag, der Christian Lindner mit 93 % wieder zum Vorsitzenden wählte, wurde durch den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Wolfgang Kubicki eröffnet. Kubicki konstatierte, dass die FDP, die im Zuge der Pandemie fragwürdige Eingriffe in Grundrechte angeprangert habe, sich habe vorhalten lassen müssen, sie sei populistisch. Wenn aber das Eintreten für Freiheit und Rechtsstaat populistisch sei, dann sei er gerne Populist. Denn eine liberale Kraft hört in einer solchen Krise nicht nur die wichtige Stimme der Virologen, sondern auch die der schwer betroffenen Eltern, Kinder, Künstler, Gastronomen und anderen Selbständigen. Interessante Tatsache am Rande: Kubicki kommt aus dem Bundesland mit der niedrigsten Inzidenz: Schleswig-Holstein. Das Land hat mit Heiner Garg den einzigen liberalen Gesundheitsminister Deutschlands.

In seiner Parteitagsrede ging Christian Lindner auf zentrale Punkte der FDP im anstehenden Bundestagswahlkampf ein:

- Die FDP wolle keine weiteren Belastungen für den Steuerzahler. In der Krise wirkten höhere Steuern wie Gift.
- Deutschland braucht ein Aufholprogramm in der Digitalisierung – Ob in der Schule, im privaten oder im öffentlichen Bereich.
- Beim Klimaschutz bekennt sich die FDP zum ambitionierten 1,5°C-Ziel. Statt einer neuen Steuer kann mit einem jährlich sinkenden CO₂-Budget das Steuerungsinstrument des Emissionshandels für einen Wettbewerb der Technologien sorgen.

Ziel der FDP sei es, „so stark zweistellig zu werden, dass Deutschland weiter aus der Mitte regiert werden kann“.

Der ebenfalls wieder gewählte Generalsekretär Volker Wissing nannte die anstehende Wahl eine echte Richtungswahl: Nach 16 Jahren Angela Merkel wird es einen neuen Regierungschef bzw. eine neue Regierungschefin geben. Die kommende Regierungsbildung wird also entscheidend, um die großen Herausforderungen und den Reformstau in Deutschland konsequent anzugehen.